



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 10. September 2019  
Kantonsratspräsident Josef Wyss

### **P 678 Postulat Schuler Josef und Mit. über die Aktualisierung der Brandschutzvorschriften bei Asylunterkünften / Justiz- und Sicherheitsdepartement i. V. mit Gesundheits- und Sozialdepartement**

Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung.  
Josef Schuler hält an seinem Postulat fest.

Josef Schuler: Das Interkantonale Organ Technische Handelshemmnisse (IOTH) hat 2015 die Brandschutzvorschriften erleichtert, und dies zu einer Zeit, als die Zahl Schutzsuchender sehr hoch war. Diese Zahl ist in diesen Jahren deutlich gesunken, weshalb die gelockerten Brandschutzvorschriften sich heute nicht mehr begründen lassen. Deshalb sollten die Brandschutzvorschriften wieder dem Stand des Jahres 2015 angepasst werden. Ich verstehe nicht, warum das nicht jetzt geschehen kann, sondern erst 2019, wenn neue Verhandlungen stattfinden. Ich beantrage, dass das Postulat erheblich erklärt wird und der Kanton die Brandschutzvorschriften an die Bedingungen von 2015 anpasst.

Ferdinand Zehnder: In Sachen Brandschutz und Sicherheit, insbesondere bei den Brandschutzvorschriften, sind keine Kompromisse einzugehen. Es geht um Menschenleben; dabei spielen weder die Herkunft, die politische Gesinnung, die Nationalität noch der Glaube eine Rolle. Es wäre fahrlässig und völlig inakzeptabel, in diesem Bereich zu sparen. Die Regierung hat den Prüfauftrag bereits entgegengenommen, Überprüfungen angesetzt und – wo nötig – Optimierungen bewilligt. Die Schulungen sind erfolgt und werden konsequent weitergeführt. Die CVP-Fraktion stimmt der teilweisen Erheblicherklärung zu.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker.

Paul Winiker: Die Unterweisung, wie sich die Leute bei Rauch oder Brand zu verhalten haben, ist ein permanenter Auftrag. Diesen Auftrag haben wir immer wahrgenommen und werden dies auch weiterhin tun. Die Mietobjekte werden ebenfalls systematisch überprüft. Die Erleichterungen des IOTH werden mit grösster Wahrscheinlichkeit per Ende 2019 auslaufen und somit wieder die Brandschutzvorschriften von 2015 gelten. Aus diesen Gründen beantragen wir die teilweise Erheblicherklärung des Postulats.

Der Rat erklärt das Postulat mit 67 zu 30 Stimmen teilweise erheblich.